

Niederschrift

über die Sitzung der Bezirksvertretung 2 - Süd

am 14.02.2018

**um 17:30 Uhr bis 20:05 Uhr in Remscheid, Heinrich-Neumann-Schule - Städt.
Förderschule und Schule f. Kranke, Engelbertstraße 1**

Anwesend sind:

Bezirksbürgermeister

Herr Stefan Grote

Stellvertretende Bezirksbürgermeisterin

Frau Elke Rühl

Bezirksvertreter/innen

Herr Josef Peter Hilger

Frau Elfriede Korff

Herr Dierk Martz

Frau Alessia Schaaf

Herr Paul Uwe Schabla

Herr Hans-Gerd Steinheuser

Herr Klaus Wetzel

Frau Jutta Wilke

Beratende Mitglieder

Frau Waltraud Bodenstedt

Von der Polizei

Herr Uwe Wargers

Beigeordneter

Herr Peter Heinze

Fachdezernat 4.00 - Stadtentwicklung, Bauen
und Wirtschaftsförderung

Von der Verwaltung

Herr Burkhard Fey

Fachdienst 4.12 - Stadtentwicklung, Wirt-
schaft und Liegenschaften

Herr Werner Grimm

Fachdezernat 2.00 - Bildung, Jugend, Sozia-
les, Gesundheit und Sport

Herr Jörg Schubert

Fachdienst 4.62 - Bauen, Vermessung und
Kataster

Schriftführer/in

Herr Hans-Ulrich Dattner

Entschuldigt fehlen:

Bezirksvertreter/innen

Herr Bernd F. W. Störmer

Tagesordnung

- 1** Änderung / Erweiterung der Tagesordnung
- 2** Niederschrift über die Sitzung vom 13.12.2017
- 3** Fragestunde für Einwohner
- 3.1** 15/4504 Verkehrserschließung der geplanten Kita Sedanstraße
- 4** Anfragen der Mitglieder der Bezirksvertretung gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung
- 4.1** Offene Anfragen (Neuenhof, Sonnenhof, Intzestraße)
- 4.1.1** 15/3915 Offene Anfragen (Neuenhof, Sonnenhof, Intzestraße)
- Anfrage der CDU-Fraktion
- 4.1.2** Geplante Verlängerung der Intzestraße bis zur Lenneper Straße
- Mdl. Bericht der Verwaltung
- 4.1.3** 15/4492 Antwort auf offene Anfragen aus der BV Süd zur Parksituation Neuenhof und Breslauer Straße; Sitzung vom 06.09.2017
- 4.1.4** 15/4493 Antwort auf offene Anfragen aus der BV Süd zur Parksituation Sonnenhof; Sitzung vom 21.09.2016 und 06.09.2017
- 4.2** 15/4199 Sachstand Kriminalität in Remscheid - Anfrage der SPD-Fraktion
- 4.3** Belastung des Waldorfkindergartens an der Burger Straße 81 durch Mobilfunkstrahlung
- 4.3.1** 15/4301 Belastung des Waldorfkindergartens an der Burger Straße 81 durch Mobilfunkstrahlung
- Anfrage von Frau BV Rühl in der Sitzung der Bezirksvertretung am 18.10.2017
- 4.3.2** 15/4391 Belastung des Waldorfkindergarten an der Burger Str. 81 durch Mobilfunkstrahlung
- 5** Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung
- 5.1** Erweiterung und Umstrukturierung des OBI Marktes, Industriestraße
- 5.2** Klageverfahren zur weiteren Entwicklung am Aldi-Standort Burger Straße
- 5.3** Zukünftige Nutzung des Otto-Pfeiffer-Hauses, Burger Straße
- 5.4** Fußgängerampel Lenneper Straße / Zur Bökerhöhe
- 6** Schriftliche Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung

- 7** Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung
- 8** Anträge von Bezirksvertreter/-innen, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung
- 8.1** 15/4478 Zuwegung Kita Sedanstraße überdenken
- 9** Anfragen der Mitglieder der Bezirksvertretung gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung
- 9.1** Sanierung des Hauptweges auf dem Parkfriedhof Bliedinghausen
- Anfrage Herr Grote
- 9.2** Fällung von Roteichen an der Burger Straße
- Anfrage Herr Wetzel
- 9.3** Anfrage im Haupt-, Finanz- und Beteiligungsausschuss zu einem Antrag auf Genehmigung einer Baumfällung im Südbezirk
- Anfrage Herr Wetzel
- 9.4** Schrankenanlage an der Zufahrt zum Parkplatz Mebusmühle
- Anfrage Frau Rühl
- 9.5** Weiterer Schulraumbedarf der Nelson-Mandela-Schule
- Anfrage Herr Wetzel
- 9.6** Geplante Schließung der Fußgängerunterführung Bismarckstraße - Pirn-
aplatz
- Anfrage Herr Martz
- 9.7** Unterbinden des Überholens des an der Bushaltestelle Sana-Klinikum
haltenden Linienbusses
- Anfrage Frau Korff
- 10** 15/4265 Feuerwehrbeeinflussung der Lichtsignalanlagen am Zentralpunkt
- 11** 15/4429 Umsetzung von Maßnahmen aus Mitteln des Kommunalinvestitionsförde-
rungsgesetzes (2. Kapitel)
- 12** 15/4109 Integriertes Handlungskonzept Grüne Infrastruktur
- 13** 15/4217 Stellungnahme der Verwaltung zu diversen Anfragen zum Thema Rad-
verkehr
- 14** 15/4550 Erschließung Albert-Strasmann-Weg; Hier: Parkstreifen in der Straße
Ehringhausen
- 15** 15/4521 Zum Antrag "Kinderspielflächen zeitgemäß weiterentwickeln" vom
17.10.2017

Herr Bezirksbürgermeister Grote eröffnet die Sitzung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedenkt die Bezirksvertretung in einer Schweigeminute der im Januar diesen Jahres verstorbenen Frau Rita Jungesblut-Wagner und würdigt ihre Verdienste als langjähriges Mitglied der Bezirksvertretung 2 - Süd.

1. Änderung / Erweiterung der Tagesordnung

Der Bezirksvertretung liegen per Nachtrag zugestellt die Drucksache 15/4550 vom 07.02.2018 und die Drucksache 15/4521 vom 06.02.2018 zur Beratung vor.

Herr Grote lässt daraufhin über die Aufnahme der neu gemeldeten Punkte in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 10 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Die Tagesordnung wird um die Punkte

- 15/4550
Erschließung Albert-Strasmann-Weg; Hier: Parkstreifen in der Straße Ehringhausen
- 15/4521
Zum Antrag "Kinderspielflächen zeitgemäß weiterentwickeln" vom 17.10.2017

erweitert.

Im Übrigen nimmt die Bezirksvertretung die Tagesordnung zur Kenntnis.

2. Niederschrift über die Sitzung vom 13.12.2017

Die Niederschrift liegt noch nicht vor.

3. Fragestunde für Einwohner

3.1. Verkehrserschließung der geplanten Kita Sedanstraße Vorlage: 15/4504

Herr B. trägt zu den der Bezirksvertretung bereits schriftlich vorliegenden Fragen des Fördervereins WohnQuartier Hohenhagen e.V. vor und stellt den Fragen zum besseren Verständnis zunächst eine kurze Einführung voran.

Herr B. führt hierzu sinngemäß aus wie folgt:

Vorab wolle der Förderverein betonen, dass man den Bau der Kita auf dem Hohenhagen begrüße. Die Schaffung neuer Betreuungsplätze sei eine Bereicherung für den Stadtteil. Bei isolierter Betrachtung sei auch die unmittelbare Nachbarschaft zur Grundschule ein Positivum. Zu klären seien jedoch die zu erwartenden Veränderungen der Verkehrslage und die damit verbundenen Risiken für Kinder und Anwohner.

Die bereits heute äußerst problematische Verkehrssituation im Bereich Sedan-, Metzger- und Spichernstraße sei der Bezirksvertretung hinreichend bekannt und insofern nicht nochmals an dieser Stelle aufzuzeigen.

Mit Eröffnung der Kita mit mehr als 80 Betreuungsplätzen werde sich das Verkehrsaufkommen deutlich erhöhen, da zu erwarten sei, dass die Eltern ihre Kleinkinder mehrheitlich mit dem Auto zur Kita bringen würden und zurück aufgrund der Sackgassen-Lage den gleichen Weg nehmen müssten. In Unkenntnis der Detailplanung stelle sich dem Förderverein derzeit auch die Frage, ob die Platzverhältnisse am vorgesehenen Wendehammer ausreichen, eine größere Pkw-Zahl aufzunehmen, da die Eltern ihre Kinder nicht nur ein- und aussteigen lassen, sondern sie in die Kita begleiten würden. Könne ausgeschlossen werden, dass Eltern, die keinen Parkplatz vor der Kita finden, zur Schule hin ausweichen und dort die Sicherheit der Schulkinder gefährden?

Der geplante Wendehammer werde für Eltern der Walther-Hartmann-Schule, die bisher ein Befahren der Sedanstraße aufgrund problematischer Wendemöglichkeiten gescheut hätten, möglicherweise Anlass sein, nunmehr auch bis zur Schule durchzufahren und damit ein weiteres Risikopotential vor Schule und Kita zu schaffen.

Fazit: Unter Beibehaltung der momentanen Verkehrsführung führe das zusätzliche Verkehrsaufkommen im Zuge der neuen Kita zu einem Risikopotential, das mit Blick auf die Sicherheit der Schulkinder und eine den Anwohnern zustehende Wohnqualität unverträglich sei.

Eine mögliche Alternative sehe der Förderverein in einer Verbindung der beiden Sackgassen Sedan- und Wörthstraße. Dieser "Ringverkehr" würde als Einbahnstraße das Verkehrsaufkommen in der Sedanstraße halbieren und die mit Gegenverkehr in einer engen Straße verbundenen Risiken eliminieren. Das im Zuge dieser Lösung erhöhte Verkehrsaufkommen in der Spichernstraße stehe nach Einschätzung des Fördervereins hierzu in einer angemessenen Relation.

Ausgehend von dem derzeit noch unzureichenden Kenntnisstand des Fördervereins stelle er, Herr B., im Namen des Vereins folgende Fragen:

1. Ist der vorgeschlagene "Ringverkehr" unabhängig von Finanzierungsfragen etc. diskutabel oder gibt es objektive k.o.-Kriterien, die jegliche Diskussion erübrigen?
2. Wie sieht das Parkplatzkonzept der Kita aus (Anzahl Parkplätze für Mitarbeiter u. Eltern)?
3. Ist sichergestellt, dass Parkplatz suchende Kita-Eltern nicht in den Bereich der Schule ausweichen?
4. Entfallen die Lehrerparkplätze vor der Walther-Hartmann-Schule, wo wird Ersatz geschaffen?
5. Wurde bereits geprüft, ob die Zufahrtswege für Rettungsfahrzeuge auch künftig bei deutlich höherem Fahrzeugaufkommen den Erfordernissen entsprechen?

6. Bis wann sind Planungsänderungen hinsichtlich der Verkehrsführung diskutabel, wann werden seitens der Stadt endgültige Beschlüsse gefasst?

Herr Bezirksbürgermeister Grote antwortet sinngemäß wie folgt:

Zu 1.)

Neben mehreren anderweitig noch offenen Fragen erlaube der gültige Bebauungsplan diese Möglichkeit nicht. Es bestehe dringender Handlungsbedarf mit der Schaffung der zusätzlichen Kitaplätze, auf die ein Rechtsanspruch bestehe. Nach Abschluss der Grundstücksverhandlungen und Erteilung der Baugenehmigung solle die Kita möglichst zügig errichtet und in Betrieb genommen werden.

Zu 2.)

Auf dem Kitagrundstück seien mindestens vier Stellplätze nachzuweisen. Die nachzuweisenden Stellplätze und die verkehrliche Situation seien Bestandteil des Baugenehmigungsverfahrens. Derzeitige Entwürfe seien vor einem Bauantrag noch abzustimmen.

Zu 3.)

Wie bei allen anderen Schulen auch liege die Zuständigkeit hier im Verantwortungsbereich der Schule, das Schulgelände gegen unbefugten Zutritt bzw. gegen unbefugtes Befahren zu sichern.

Zu 4.)

Die Fläche des Wendehammers und davor sei nach dem Bebauungsplan bereits öffentliche Verkehrsfläche. Der Lehrerparkplatz befinde sich rechts daneben.

Zu5.)

Die detaillierte Prüfung werde im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens erfolgen. An den Zufahrtswegen für Rettungsfahrzeuge ändere sich zunächst nichts. Eine Ortsbesichtigung mit Vertretern von Feuerwehr, Polizei, Technischen Betrieben Remscheid und dem Fachdienst 3.32 - Bürger, Sicherheit und Ordnung, Abteilung Straßenverkehrsangelegenheiten habe bereits stattgefunden.

Zu 6.)

Es würden alle Möglichkeiten der Verkehrsführung außerhalb von Planungsänderungen von den jeweils am Verfahren beteiligten Fachdiensten geprüft.

4. Anfragen der Mitglieder der Bezirksvertretung gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung

4.1. Offene Anfragen (Neuenhof, Sonnenhof, Intzestraße)

4.1.1. Offene Anfragen (Neuenhof, Sonnenhof, Intzestraße) - Anfrage der CDU-Fraktion Vorlage: 15/3915

(siehe hierzu auch die Punkte 4.1.2., 4.1.3. und 4.1.4.)

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

4.1.2. Geplante Verlängerung der Intzestraße bis zur Lenneper Straße - Mdl. Bericht der Verwaltung

Herr Heinze stellt in einer Präsentation den aktuellen Stand der laufenden Untersuchungen für eine mögliche Verlängerung der Intzestraße über die Baisieper Straße hinweg entlang der ehemaligen Bahntrasse bis zur Lenneper Straße mit einer Anbindung an diese Straße in Form eines Kreisverkehrs vor.

Herr Fey merkt ergänzend hierzu an, dass die Verwaltung im Mai 2017 bei der Bezirksregierung Düsseldorf einen Einplanungsantrag zur Einwerbung von Fördermitteln für das in Rede stehende Projekt gestellt habe. In einer Ersteinschätzung habe man dort bereits die grundsätzliche Zuwendungsfähigkeit dieser Maßnahme bestätigt.

Frau Rühl richtet an dieser Stelle die Bitte an die Verwaltung, die Bezirksvertretung in regelmäßiger Berichterstattung über den Fortgang der Untersuchungen und Planungen auf dem Laufenden zu halten.

Die Präsentation „Durchstich Intzestraße“ wird als **Anlage 1** zur Niederschrift genommen.

Die Bezirksvertretung nimmt die Ausführungen nach Aussprache zur Kenntnis.

4.1.3. Antwort auf offene Anfragen aus der BV Süd zur Parksituation Neuenhof und Breslauer Straße; Sitzung vom 06.09.2017 Vorlage: 15/4492

Nach kurzer Einführung in die Thematik durch Herrn Heinze stellt Herr Fey in einer ergänzenden Präsentation den in vorliegender Drucksache beschriebenen Vorschlag der Verwaltung zur Verbesserung der in Rede stehenden Parkraumsituation im Bereich Neuenhof und Breslauer Straße im Einzelnen vor.

Herr Grote fasst nach Aussprache zusammen und macht an dieser Stelle noch einmal deutlich, dass die Bezirksvertretung mit der Aufnahme ihrer Beratungen zur Parksituation im Bereich Neuenhof und Breslauer Straße stets das Ziel verfolgt habe darauf hinzuwirken, dass in besagtem Bereich zusätzliche Parkplätze für Fahrzeuge geschaffen werden und so der Parkdruck, der durch die Ausweisung von Haltverbotzonen entstanden sei, ein Stück weit gemildert werden kann. An diesem Ziel halte die Bezirksvertretung – so seine Einschätzung – auch weiterhin und vorrangig fest.

Vor diesem Hintergrund richtet Herr Grote im Namen der Bezirksvertretung den Appell an die Verwaltung, die Haushaltsmittel für die Investition „INV 128211 – Fahrbahnerneuerung Neuenhof“, deren vorgezogene Veranschlagung im Investitionsplan die Bezirksvertretung dem Rat der Stadt bekanntlich aus eben jener erwähnten Zielsetzung heraus empfohlen habe, auch weiterhin für ihren ursprünglichen Zweck bereitzuhalten. Im Zuge der jetzt anstehenden Ausarbeitung der entsprechenden Ausführungsplanung möge die Verwaltung damit auch das beschriebene Ziel der Bezirksvertretung mit berücksichtigen und die heute noch einmal angesprochenen Maßnahmen zur möglichen Schaffung zusätzlicher Parkplätze in ihre Überlegungen mit einbeziehen. So möge die Verwaltung beispielsweise prüfen, ob etwa durch die Absenkung von Bordsteinen ein halbseitiges Aufparken von Fahrzeugen auf dem Gehweg ermöglicht werden kann oder ob unter Umständen auch durch die Entfernung des ein oder anderen Baumes, dessen Wurzelwerk die Straßenoberfläche bereits stark angehoben und

damit einen möglicherweise nicht mehr länger hinnehmbaren Gefahrenpunkt hat entstehen lassen, zusätzlicher Platz für parkende Fahrzeuge geschaffen werden kann, ohne hier direkt einen radikalen Kahlschlag vorzunehmen.

Bevor die Verwaltung allerdings mit der Umsetzung dieses Vorhabens beginne möge sie der Bezirksvertretung ihre Überlegungen und Planung hierzu noch einmal in schriftlicher Form mit einem entsprechenden Plan-Entwurf im Detail vorstellen.

Die Präsentation „Neuenhof“ wird als **Anlage 2** zur Niederschrift genommen.

Die Bezirksvertretung nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis. Im Übrigen schließt sich die Bezirksvertretung den Ausführungen von Herrn Grote einvernehmlich an und bittet die Verwaltung in dieser Angelegenheit um zeitnahe weitere Berichterstattung.

**4.1.4. Antwort auf offene Anfragen aus der BV Süd zur Parksituation Sonnenhof;
Sitzung vom 21.09.2016 und 06.09.2017
Vorlage: 15/4493**

Herr Fey fasst den Inhalt des vorliegenden schriftlichen Berichts der Verwaltung noch einmal zusammen und geht ergänzend hierzu mit einer Präsentation auf die Frage der äußeren Erschließung des Neubaugebietes an der Alma-Mühlhausen-Straße im Bereich Sonnenhof über den von der Verwaltung zum Ausbau in Betracht gezogenen Straßenzug Rheinstraße / Bahnstraße näher ein.

Die Präsentation „Rheinstraße“ wird als **Anlage 3** zur Niederschrift genommen.

Die Bezirksvertretung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

**4.2. Sachstand Kriminalität in Remscheid - Anfrage der SPD-Fraktion
Vorlage: 15/4199**

Herr Schubert informiert die Bezirksvertretung über die der Verwaltung in der Angelegenheit „Sachstand Kriminalität in Remscheid“ inzwischen vorliegende Stellungnahme der Polizei. So habe die Polizei darauf hingewiesen, dass am 07.03.2018 die Daten zur polizeilichen Kriminalstatistik (Kriminalitätsentwicklung 2017) veröffentlicht würden. Ab diesem Zeitpunkt sei die Kriminal- und auch Verkehrsunfallstatistik dann auch öffentlich unter dem Internetangebot des Landeskriminalamtes der Polizei NRW abrufbar.

Vorab habe die Polizei mitgeteilt, dass sich in Remscheid keine Kriminalitätsschwerpunkte oder Häufungspunkte ergeben hätten. Erkannten Problemen werde seitens der Polizei unmittelbar entgegengewirkt.

Herr Schubert schlägt der Bezirksvertretung vor, die erwähnte Veröffentlichung zunächst abzuwarten und im Bedarfsfalle auf diese Angelegenheit in einer folgenden Sitzung noch einmal zurückzukommen.

Die Bezirksvertretung nimmt die Information der Verwaltung zur Kenntnis.

4.3. Belastung des Waldorfkindergartens an der Burger Straße 81 durch Mobilfunkstrahlung

**4.3.1. Belastung des Waldorfkindergartens an der Burger Straße 81 durch Mobilfunkstrahlung
- Anfrage von Frau BV Rühl in der Sitzung der Bezirksvertretung am 18.10.2017
Vorlage: 15/4301**

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

**4.3.2. Belastung des Waldorfkindergarten an der Burger Str. 81 durch Mobilfunkstrahlung
Vorlage: 15/4391**

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

5. Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung

5.1. Erweiterung und Umstrukturierung des OBI Marktes, Industriestraße

Herr Heinze setzt die Berichterstattung der Verwaltung über die bauliche Entwicklung im Gewerbegebiet Ostbahnhof fort und trägt vor, dass der Verwaltung ein Antrag auf Genehmigung des Bauvorhabens zur Erweiterung des OBI Marktes an der Industriestraße vorliege. Dieser Antrag befinde sich zurzeit im Prüfverfahren. Nach derzeitigem Verfahrensstand zeichne sich aus Sicht der Verwaltung eine Genehmigungsfähigkeit dieses Vorhabens ab.

In seinen weiteren Ausführungen geht Herr Heinze auf das für dieses Vorhaben entwickelte Erschließungskonzept näher ein und betont an dieser Stelle, dass man – so die Einschätzung der Verwaltung – davon ausgehen könne, dass die Industriestraße durch den Bau der neuen, von der Presover Straße abbiegenden und in ihrem weiteren Verlauf parallel zu den Bahngleisen entlang führenden und am OBI Markt endenden, als Privatstraße ausgeführten zweiten Straße mit Erschließungsfunktion eine deutliche Entlastung erfahren werde.

Die Bezirksvertretung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

5.2. Klageverfahren zur weiteren Entwicklung am Aldi-Standort Burger Straße

Herr Schubert gibt die von der Verwaltung erbetene Auskunft zu den in der Frage einer weiteren Entwicklung des Areals am Aldi-Standort Burger Straße laufenden Klageverfahren und teilt mit, dass drei Klageverfahren gegen die Stadt Remscheid anhängig seien. Zwei Klagen seien, nachdem sie vom Verwaltungsgericht Düsseldorf abgewiesen worden seien, jetzt beim Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen in Münster anhängig. Das dritte Verfahren vor dem Verwaltungsgericht Düsseldorf laufe noch.

Die Bezirksvertretung nimmt die Information der Verwaltung zur Kenntnis.

5.3. Zukünftige Nutzung des Otto-Pfeiffer-Hauses, Burger Straße

Herr Schubert nimmt Bezug auf die der Bezirksvertretung zu ihrer letzten Sitzung vorgelegten Information der GEWAG Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid und berichtet, dass der dort angekündigte Verkauf des Otto-Pfeiffer-Hauses inzwischen vollzogen worden sei. Weitergehende Informationen über etwa im Raum stehende Überlegungen oder Planungen des neuen Eigentümers die zukünftige Nutzung dieser Immobilie betreffend lägen der Verwaltung zum heutigem Zeitpunkt nicht vor.

Die Bezirksvertretung nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.4. Fußgängerampel Lennepers Straße / Zur Bökerhöhe

Herr Schubert greift den Hinweis und die Bitte von Herrn Wetzel, die Änderung der Signalschaltung an der Lichtzeichenanlage im Kreuzungsbereich Lennepers Straße / Zur Bökerhöhe / Auf dem Langefeld aus den von ihm in der vergangenen Sitzung dargelegten Gründen zurückzunehmen, auf und teilt hierzu mit, dass die in Rede stehende Signalschaltung – so die Auskunft der Technischen Betriebe Remscheid (TBR) – auf vielfachen Wunsch hin so verändert worden sei, dass der Fußgänger, der die Lennepers Straße überqueren wolle, nur auf eigene Anforderung GRÜN erhalte. Dadurch habe man die Leistungsfähigkeit der Signalanlage speziell für die Fahrverkehre der Hauptrichtung (B 229, Lennepers Straße) deutlich steigern können. So habe der Fahrverkehr, wenn kein Fußgänger die Straße queren wolle, deutlich längere Zeit GRÜN.

Wolle also ein Fußgänger die Straße queren, müsse er aktiv in die Schaltung eingreifen und die dafür vorgesehenen Anforderungstaster betätigen, um im nächsten Signalumlauf GRÜN zu erhalten.

Eine Überprüfung der Signalanlage habe im Übrigen ergeben, dass die Anlage so wie beschrieben störungsfrei funktioniere.

Herr Wetzel regt an, den Fußgänger vielleicht mit einem Zusatzschild darauf hinzuweisen, dass er, wenn er die Straße queren wolle, hier jetzt anders als er es bisher gewohnt war per Taster GRÜN anfordern muss.

Die Bezirksvertretung nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

6. Schriftliche Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung

Schriftliche Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gemäß Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

7. Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung

Vorschläge zur Tagesordnung gemäß Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

8. Anträge von Bezirksvertreter/-innen, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung

8.1. Zuwegung Kita Sedanstraße überdenken Vorlage: 15/4478

Frau Bodenstedt legt ihre dem vorliegenden Antrag zu Grunde liegenden Überlegungen noch einmal zusammenfassend dar.

Herr Grimm nimmt zu den Ausführungen Stellung und erläutert im Einzelnen, warum die Verwaltung eine Zuwegung zu der geplanten Kindertagesstätte über die Sedanstraße ins Auge gefasst hat.

Herr Wetzel greift an dieser Stelle die von dem Förderverein WohnQuartier Hohenhagen e.V. mit seiner Einwohnerfrage zur heutigen Sitzung ins Gespräch gebrachte Überlegung auf, die Wörthstraße und die Sedanstraße, die beide als Sackgasse enden, mit einem neuen Straßenstück zu verbinden und zu einem „Ringverkehr“ mit Einbahnstraßenregelung auszubilden, und schlägt vor, diese Überlegung in den vorliegenden Antrag mit aufzunehmen.

Frau Bodenstedt schließt sich diesem Vorschlag an und erweitert ihren Antrag entsprechend.

Daraufhin stellt Herr Grote den vorliegenden Antrag von Frau Bodenstedt mit der Erweiterung um die Alternative „Ringverkehr“ nach Aussprache zur Abstimmung.

Zugleich richtet Herr Grote die Bitte an die Verwaltung, die Bezirksvertretung über das Ergebnis ihrer Überprüfungen zeitnah zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis:

Ja 10 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob für die geplante Erschließung der neuen Kindertagesstätte in der Sedanstraße eine Zuwegung über die Wörthstraße erfolgen kann.

Darüber hinaus möge die Verwaltung auch prüfen, ob zur Erschließung der Einrichtung die beide als Sackgasse endenden Straßen Wörthstraße und Sedanstraße mit einem neuen Straßenstück verbunden und zu einem „Ringverkehr“ mit Einbahnstraßenregelung ausgebildet werden können.

9. Anfragen der Mitglieder der Bezirksvertretung gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung

**9.1. Sanierung des Hauptweges auf dem Parkfriedhof Bliedinghausen
- Anfrage Herr Grote**

Herr Grote berichtet, dass der Hauptweg auf dem Parkfriedhof Bliedinghausen nach seinen Beobachtungen derzeit in einer nach seiner Einschätzung sehr aufwändigen Ausführung saniert werde.

Herr Grote bittet die Verwaltung um Auskunft, wie hoch die Kosten für diese Sanierungsmaßnahme kalkuliert sind und aus welchem Haushaltstitel die Finanzierung erfolgt.

**9.2. Fällung von Roteichen an der Burger Straße
- Anfrage Herr Wetzel**

Herr Wetzel nimmt Bezug auf die Berichterstattung der örtlichen Tagespresse, in der die Vorsitzende des Naturschutzbeirates zitiert werde mit der Aussage, dass sich der Naturschutzbeirat gegen die Fällung von Roteichen an der Burger Straße ausgesprochen habe.

Herr Wetzel stellt die Frage an die Verwaltung, warum diese Angelegenheit bisher nicht in der Bezirksvertretung zur Beratung gestellt worden ist. Zugleich bittet Herr Wetzel die Verwaltung darum darzulegen, um welchen Sachverhalt es sich hier konkret handelt.

**9.3. Anfrage im Haupt-, Finanz- und Beteiligungsausschuss zu einem Antrag auf Genehmigung einer Baumfällung im Südbezirk
- Anfrage Herr Wetzel**

Herr Wetzel nimmt Bezug auf die Niederschrift über die Sitzung des Haupt-, Finanz- und Beteiligungsausschusses vom 25.01.2018 und führt aus, dass Herr Schichel in dieser Sitzung eine Anfrage zu einem Antrag auf Genehmigung einer Fällung von Baumbestand im Südbezirk an die Verwaltung gerichtet habe.

Herr Wetzel bittet die Verwaltung darum darzulegen, um welchen Baumbestand es sich hier handelt und warum besagter Antrag nicht der Bezirksvertretung zur Behandlung vorgelegt worden ist.

Frau Bodenstedt berichtet aus besagter Ausschusssitzung und erklärt hierzu, dass Herr Schichel den in der örtlichen Tagespresse behandelten Sachverhalt angesprochen habe, wonach der Eigentümer eines an der Burger Straße gelegenen, mit Bäumen bestandenen Grundstückes mit Blick auf die letzten Sturmereignisse seine Sorge darüber geäußert habe, dass die Bäume möglicherweise zu einer Gefahr für das hier stehende Wohnhaus und seine Bewohner werden könnte, und deshalb den Wunsch geäußert habe, diese Bäume fällen zu dürfen, die Verwaltung diesem Wunsch aber nicht entsprochen habe.

**9.4. Schrankenanlage an der Zufahrt zum Parkplatz Mebusmühle
- Anfrage Frau Rühl**

Frau Rühl berichtet, dass die vor einiger Zeit an der Zufahrt zum Parkplatz Mebusmühle installierte Schranke nach ihren Beobachtungen vielleicht gerade mal an zwei Tagen geschlossen gewesen sei und seitdem ständig offen stehe.

Frau Rühl richtet deshalb die Frage an die Verwaltung, warum man hier eine Schranke eingebaut hat, ohne gleichzeitig dafür Sorge zu tragen, dass diese auch ihrem Zweck entsprechend genutzt und geschlossen wird.

**9.5. Weiterer Schulraumbedarf der Nelson-Mandela-Schule
- Anfrage Herr Wetzel**

Herr Wetzel berichtet, dass die Nelson-Mandela-Schule nach seiner Kenntnis in absehbarer Zeit ihre Raumkapazitäten vollständig ausgeschöpft haben werde und dann weiteren Schulraumbedarf anmelden müssen.

Herr Wetzel bittet die Verwaltung deshalb um Auskunft, welche Überlegungen oder Planungen sie verfolgt, um diesen zusätzlichen Raumbedarf decken zu können.

**9.6. Geplante Schließung der Fußgängerunterführung Bismarckstraße - Pirna-
platz
- Anfrage Herr Martz**

Herr Martz bittet die Verwaltung um Auskunft über den aktuellen Verfahrensstand in der Angelegenheit der geplanten Schließung der Fußgängerunterführung Bismarckstraße – Pirna-
platz.

Herr Fey nimmt zu der Anfrage Stellung und berichtet, dass der Fußgängertunnel – so das Ergebnis der letzten Abstimmungsgespräche – durch Zumauern der Tunnelöffnungen geschlossen werde. Um der EWR GmbH jederzeitigen Zutritt zu ihren im Tunnel verlaufenden Versorgungsleitungen zu ermöglichen werde man hier eine Tür und Lüftungsschlitze einbauen. Kostenträger dieser Maßnahme seien die DB AG und die EWR GmbH.

**9.7. Unterbinden des Überholens des an der Bushaltestelle Sana-Klinikum hal-
tenden Linienbusses
- Anfrage Frau Korff**

Frau Korff bittet die Verwaltung um Berichterstattung zum Stand der von ihr erbetenen Prüfung, wie man verhindern kann, dass Fahrzeuge an dem an der Haltestelle Sana-Klinikum anhaltenden Linienbus über die hier auf der Fahrbahn aufgetragene schraffierte Fläche und sehr dicht an der vorhandenen Querungshilfe vorbeifahren und damit eine nach ihrer Einschätzung durchaus denkbare Gefahrensituation hervorrufen.

**10. Feuerwehrbeeinflussung der Lichtsignalanlagen am Zentralpunkt
Vorlage: 15/4265**

Herr Grote zitiert an dieser Stelle aus einer E-Mail, die ihn von dem Geschäftsführer der Sana-Klinikum Remscheid GmbH, Herrn Dr. Praßel, erreicht habe. In dieser E-Mail habe Herr Dr. Praßel die Initiative, die Lichtsignalanlagen am Zentralpunkt mit einer Vorrangschaltung für Rettungsfahrzeuge mit Sonderrechten aufzurüsten, ausdrücklich begrüßt. Hierbei habe Herr Dr. Praßel darauf hingewiesen, dass das Sana-Klinikum Remscheid der Schwerpunktversorger für die Region Remscheid sei. Die Anzahl der Notfalltransporte zur Zentralen Notfall-Aufnahme des Sana-Klinikums sei schon heute sehr hoch und werde nach dortiger Einschätzung in den nächsten Jahren noch weiter zunehmen. Daher sei es auch aus Sicht des Sana-Klinikums dringend erforderlich, die bekannten Probleme am Zentralpunkt, die eine

flüssige und zügige Durchfahrt der von der Lenneper Straße kommenden Rettungsfahrzeuge über diesen Verkehrsknotenpunkt verhindern, mit einer solchen Vorrangschaltung für Rettungsfahrzeuge zu beheben.

Damit diese Aufrüstung der Lichtsignalanlagen am Zentralpunkt jetzt auch möglichst rasch realisiert werden könne, stellt Herr Grote den Antrag, die Bezirksvertretung möge den Antrag an die Verwaltung stellen, die für eine Umrüstung der Lichtsignalanlagen am Zentralpunkt auf eine Feuerwehrbeeinflussung notwendigen Investitionsmittel in Höhe von 20.000,00 Euro in 2018 bereitzustellen. Ferner möge die Bezirksvertretung die Verwaltung bitten, dem Haupt-, Finanz- und Beteiligungsausschuss eine entsprechende Empfehlung zur Finanzierung dieser Maßnahme in 2018 zu geben.

Frau Bodenstedt empfiehlt der Verwaltung in diesem Zusammenhang, in die beschriebene Umrüstung auch die Signalanlage für den Linksabbiegeverkehr in die Berghäuser Straße mit einzubeziehen, weil sich nach ihren Beobachtungen auch hier oftmals Fahrzeuge über die Linksabbiegespur hinaus bis in den Verkehrsknotenpunkt Zentralpunkt zurück stauen und hier dann ebenfalls besagte Rettungsfahrzeuge an der Durchfahrt hindern würden.

Herr Hilger schließt sich diesen Ausführungen auf Grund seiner eigenen Feststellungen ausdrücklich an und unterstützt insoweit die hier gegebene Empfehlung an die Verwaltung. .

Nach Aussprache stellt Herr Grote seinen Antrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja 10 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Die Bezirksvertretung stellt den Antrag an die Verwaltung auf Bereitstellung der für eine Umrüstung der Lichtsignalanlagen am Zentralpunkt auf eine Feuerwehrbeeinflussung notwendigen Investitionsmittel in Höhe von 20.000,00 Euro in 2018.

Die Bezirksvertretung bittet die Verwaltung, dem Haupt-, Finanz- und Beteiligungsausschuss eine entsprechende Empfehlung zur Finanzierung dieser Maßnahme in 2018 zu geben.

Im Übrigen nimmt die Bezirksvertretung die Ausführungen zur Kenntnis.

11. Umsetzung von Maßnahmen aus Mitteln des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes (2. Kapitel) Vorlage: 15/4429

Herr Grote spricht das Projekt Sanierung des Schulhofes der GGS Dörpfeld, Gebäude Oststraße an und bittet die Verwaltung um Auskunft, welche Maßnahmen mit den hier veranschlagten Mitteln in Höhe von 267.500 EUR auch mit Blick auf die nach Auskunft der Verwaltung in diesem Bereich geplante Einrichtung einer neuen Kindertagesstätte im Einzelnen ausgeführt werden sollen.

Nach Aussprache stellt Herr Grote den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja 10 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 2 – Süd empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Rat der Stadt Remscheid beschließt aus den Mitteln des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes nach Maßgabe der einzelnen Projektblätter folgende Maßnahmen umzusetzen:

Maßnahme 1	GGs Daniel Schürmann - KGS Julius Spristerbach Palmstraße 6 42893 Remscheid	Niederlegung des alten grundsaniierungsbedürftigen Pavillons. Errichtung eines Neubaus mit 4 Klassen, Sanitärräumen und Nebenräumen.
Maßnahme 2	GGs Dörpfeld Gebäude Oststraße 6 42859 Remscheid	Sanierung des Schulhofes
Maßnahme 3	Schulzentrum Klausen Lockfinker Straße 23 42897 Remscheid	Austausch der Fenster und Dämmung der Fassade im Bereich des Gebäudeteils Verwaltung.
Maßnahme 4	GGs Hasenberg Schneppendahler Weg 41 42897 Remscheid	Wärmedämmung der Fassade. Austausch der Fenster und Aussentüren. Betonsanierung am Tragwerk Teilsanierung von Fußböden, Wänden und Decken. Teilerneuerung von Elektroleitungen und der Beleuchtungstechnik in Klassen und Nebenräumen. Teilerneuerung von Unterverteilungen. Erneuerung der Wärmeerzeugungsanlage inkl. Verteiler, Armaturen und Regelung.
Maßnahme 5	Förderschule Hilda-Heinemann Hackenberger Straße 117 42897 Remscheid	Reinigung und Ausbesserung der Fassade. Erneuerung der Fenster inkl. Sonnenschutz und Aussentüranlagen. Sanierung der Medienversorgung (Heizung, Strom, Wasser)

Maßnahme 6	Hauptschule Hackenberg Hackenberger Straße 105A 42897 Remscheid	Austausch der Fassadenelemente, inkl. Erneuerung der Wärmedämmung, Dachsanierung inkl. Wärmedämmung, Erneuerung der Fenster inkl. Sonnenschutz und Aussentüranlagen. Sanierung von Wänden, Decken und Fußböden in den Klassen und Nebenräumen. Erneuerung der Fußböden im Verwaltungsbereich, Erneuerung Fußboden Forum. Erneuerung der Beleuchtungstechnik in Klassen und Verwaltungsräumen, Teilerneuerung von Elektrounterverteilungen, Erneuerung der Nahwärmeübergabestation inkl. des Heizungsverteilers, Erneuerung der Regelungstechnik.
Maßnahme 7	Rudolf-Steiner-Schule Remscheid e.V. Schwarzer Weg 9 42897 Remscheid	Die Nachfrage nach Betreuung von Schülern nach dem Unterricht hat sich in den zurückliegenden zehn Jahren drastisch erhöht. Es besteht eine stetige Nachfrage nach 100 Plätzen. Es handelt sich nicht um eine kapazitätsmäßige Erweiterung, da die Schülerzahl an der Schule unverändert bleibt. Die alters- und kindgerechte Betreuung erfordert zusätzliche räumliche Kapazitäten, die im Zuge eines Anbaus mit einer Grundfläche von 322 m ² geschaffen werden sollen.

Die Auswahl der Maßnahmen erfolgt unter Gewichtung der Förderschwerpunkte des Gesetzes im Hinblick auf die umfassende Sanierung und Erneuerung von Schulgebäuden. Der Nachweis eines großen Wirkungsgrads in Bezug auf das Verhältnis von Eigenanteil und Folgewirkung werden besonders gewürdigt und gewichtet. Mögliche Synergien im Hinblick auf bereits begonnene oder vor kurzem abgeschlossene selbständige Bauvorhaben am gleichen Objekt werden ebenfalls in die Betrachtung einbezogen.

2. Für das Haushaltsjahr 2018 werden im Produkt 01.12.01 – Gebäudemanagement des FD 1.28 Haushaltsmittel in Höhe von 1.592.667 Euro überplanmäßig zur Verfügung gestellt. Die Deckung erfolgt durch
 - a. Mehreinnahmen aus der Landesförderung in Höhe von 1.433.401 Euro im Produkt 01.12.01 – Gebäudemanagement
 - b. Mehrerträge aus der Erhöhung der Vergnügungssteuer in Höhe von 126.050 Euro im Produkt 16.01.01 – Steuern, allgemeine Zuweisungen und allgemeine Umlagen

- c. Mehrerträge aus der Auflösung von Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen an Gebäuden in Höhe von 33.216 Euro im Produkt 01.12.01 – Gebäudemanagement
- 3. Für das Haushaltsjahr 2018 werden im Investitionsprogramm des Produkts 03.01.01 – Allgemeines Schulwesen des FD 2.40 Haushaltsmittel in Höhe von 769.500 Euro außerplanmäßig zur Verfügung gestellt. Die Deckung erfolgt durch investive Mehreinzahlungen in Höhe von 769.500 Euro bei INV400180 - Investitionszuwendungen Schulwesen (neu) im Produkt 03.01.01 – Allgemeines Schulwesen aus der Landesförderung.
- 4. Die Verwaltung wird die zuständigen Gremien über die Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes regelmäßig unterrichten.

12. Integriertes Handlungskonzept Grüne Infrastruktur
Vorlage: 15/4109

Herr Heinz teilt an dieser Stelle mit, dass das in Rede stehende „Integrierte Handlungskonzept Grüne Infrastruktur“ inzwischen vom Land NRW nicht als Fördergrundlage anerkannt worden sei.

Die als Antragstellerin aufgetretene Bergische Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft habe aber die Absicht, bei dem NRW-Landwirtschaftsministerium noch einmal vorstellig zu werden, um hier die näheren Gründe für die erfolgte Ablehnung ihres Antrags in Erfahrung zu bringen.

Darüber hinaus bemühe man sich zurzeit um etwa bestehende alternative Fördermöglichkeiten.

Die Bezirksvertretung nimmt die Ausführungen nach Aussprache zur Kenntnis.

13. Stellungnahme der Verwaltung zu diversen Anfragen zum Thema Radverkehr
Vorlage: 15/4217

Herr Fey informiert die Bezirksvertretung ergänzend darüber, dass am Montag, dem 19. März 2018 im Rathaus Remscheid ein für jedermann zugänglicher Workshop zum Thema „Radverkehrskonzept“ stattfinden werde.

Die Bezirksvertretung nimmt die Ausführungen nach Aussprache zur Kenntnis.

14. Erschließung Albert-Strasman-Weg; Hier: Parkstreifen in der Straße Ehringhausen
Vorlage: 15/4550

Frau Bodenstedt äußert ihre Bedenken zu der in dem der Drucksache beigefügten Lageplan gekennzeichneten Anordnung von Parkplätzen im Straßenraum der Straße Ehringhausen, durch die der Verkehrsraum für den Fahrverkehr ihrer Meinung nach viel zu stark eingeschränkt werde.

Herr Schubert nimmt zu diesen Anmerkungen Stellung und geht hierbei auf die Parkraumsituation in dem angesprochenen Streckenabschnitt der Straße Ehringhausen näher ein. In seinen weiteren Ausführungen stellt Herr Schubert mithilfe einer Planunterlage die hier in Rede stehende Einrichtung eines Parkstreifens mit der vorgesehenen abschnittsweisen Anordnung von Parkplätzen noch einmal im Detail vor.

Nach Aussprache stellt Herr Grote den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

Der der Drucksache 15/4550 beigefügte Lageplan mit Kennzeichnung des verkürzten Parkstreifens in der Straße Ehringhausen wird als **Anlage 4** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 9 Nein 1 Enthaltungen 0

Beschluss:

Die Herstellung des verkürzten Parkstreifens in der Straße Ehringhausen wird gemäß der Anlage beschlossen.

- 15. Zum Antrag "Kinderspielflächen zeitgemäß weiterentwickeln" vom
17.10.2017
Vorlage: 15/4521**

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

Herr Bezirksbürgermeister Grote schließt die Sitzung.

gez. _____
Stefan Grote
Bezirksbürgermeister

gez. _____
Hans-Ulrich Dattner
Geschäftsführer